

Inhalt

Vorwort

Sonja Miltenberger S. 2

Einladung zur Mitgliedervollversammlung S. 3

Berliner Geschichtswerkstatt initiiert Gedenktafeln für Paul Löbe in Liegnitz/Legnica

Jürgen Karwelat S. 4

Wer war Paul Löbe?

Jürgen Karwelat S. 11

Zu verlesendes Grußwort bei der Enthüllung der Gedenktafel für Paul Löbe in seiner Geburtsstadt Liegnitz

Wolfgang Schäuble S. 15

Grußwort anlässlich der Anbringung von Gedenktafeln in Polnisch und Deutsch für Paul Löbe in Legnica/Liegnitz am Samstag, den 15. Dezember 2018

Thomas OppermannS. 17

Die Revolution 1918/19 in Berlin und die Presse

Jürgen Karwelat S. 18

Der Findling in der Wilhelmsaue: ein Gedenkstein mit Vergangenheit und ungewisser Zukunft

Michael Röder S. 23

Leo Schlageter und die Erinnerungskultur :

Zur Auseinandersetzung um einen Gedenkstein in der Wilhelmsaue

Peter Lassau S. 27

Ist eine Erklärungstafel für den Findling in der Wilmersdorfer Wilhelmsaue nötig?

Jürgen Karwelat S. 29

Brauchen wir in Tempelhof-Schöneberg eine bezirkliche Gedenktafelkommission? Anmerkungen zum vorliegenden Entwurf einer Geschäftsordnung.

Andreas Bräutigam S. 31

Vorwort

Sonja Miltenberger

Ein ausgesprochenes Vorzeigeprojekt in Sachen Erinnerungskultur - eines unserer Hauptthemen in diesem Rundbrief - ist die Einweihung der Gedenktafeln für Paul Löbe im polnischen Legnica im Dezember vergangenen Jahres. Jürgen Karwelat, der Initiator dieser Aktion, hat sich über viele Monate intensiv für die Realisierung des Vorhabens eingesetzt und kann nun – mit berechtigtem Stolz – von dessen Umsetzung berichten.

Die Geschichte des Gedenksteins an der Wilhelmsaue in Wilmersdorf hingegen wirft Fragen auf, die sich mit unserer Erinnerungskultur beschäftigen. Michael Roeder vertritt in seinem Beitrag die Überzeugung, die gesamte Geistesgeschichte des Findlings, samt seiner physischen Herkunft, vor Ort zu dokumentieren.

Die Bedeutung der Provenienz historischer Quellen für die Forschung ist unstrittig. Dennoch kommen Zweifel auf, ob dieser Weg der richtige ist. Diese Zweifel beschreibt Peter Lassau in seiner Widerrede. Er fragt nach dem Sinn einer solchen Erklärungstafel und deutet auf die Gefahr hin, dass sich dieses Vorhaben eher kontraproduktiv auswirken könnte, als dass es dem Ansinnen einer reinen Aufklärung dienlich sei.

Auch Jürgen Karwelat beschäftigt sich in seinem Beitrag mit dem Thema und stellt Aufklärung und Gedenken im öffentlichen Raum sowie öffentlichen Medien gegenüber.

Brauchen wir eine Gedenktafelkommission in Schöneberg-Tempelhof? Das fragt Andreas Bräutigam und stellt in seinem Beitrag die wichtigsten Koordinaten der bereits existierenden Kommissionen zusammen. Die so entstandenen Tabellen muten auf den ersten Blick etwas sperrig an, sind aber als Grundlage für eine in der Diskussion befindlichen neuen Gedenktafelkommission für Schöneberg-Tempelhof von großem Wert. Die Mühe lohnt sich, genauer hinzuschauen.

Nun noch einige Termine zum Vormerken:

Am 25. Mai 2019 werden wir uns an dem Nachbarschaftsfest in Schöneberg beteiligen und auch am 1. September 2019 zum Crellestraßenfest einen Stand haben. Das bereits angekündigte Werkstattgespräch mit Hauke Fehlberg wird am 12. August 2019 stattfinden.

Einladung

zur Mitgliederversammlung

mit anschließendem Sommerfest

am Samstag, **22. Juni 2019, 15 Uhr**

in unserem Laden in Schöneberg, Goltzstraße 49

Tagesordnung:

1. Wahl der Versammlungsleitung und der Protokollant*in
2. Berichte aus den Projekten
3. Vorstellung des Kassenberichts und Entlastung des Vorstands
4. Wahl des neuen Vorstands und der Kassenprüfer*innen
5. Verschiedenes

Wir hoffen auf zahlreiches Erscheinen!

Mit herzlichen Grüßen



Sonja Miltenberger

(für den geschäftsführenden Ausschuss)

Berliner Geschichtswerkstatt initiiert Gedenktafeln für Paul Löbe in Liegnitz/Legnica

Jürgen Karwelat

Am 15. Dezember war es so weit: Die Gedenktafeln für den langjährigen Reichstagspräsidenten Paul Löbe wurden an seiner Geburtsstätte eingeweiht.



Foto: Sonja Miltenberger

Konkreter Anlass war der 143. Geburtstag von Paul Löbe, der am 14. Dezember 1875 in Haus Kohlmarkt 5 geboren wurde. Das Geburtshaus steht nicht mehr. Stattdessen befindet sich hier ein Neubau mit Eigentumswohnungen.

An der heutigen Adresse ulica Ignacego Paderewskiego 11/ulica Partyzantow versammelten sich ca. 35 Personen.

Von der Idee bis zur Anbringung der mit polnischer und deutscher Sprache versehenen Tafeln aus schlesischem Marmor waren etwa fünf Jahre vergangen.

Es war neben dem Stellvertretenden Stadtpräsidenten, Herrn Krzysztof Duszkiwicz, auch der deutsche Generalkonsul aus Breslau, Herr Neumann, anwesend. Daneben waren als Vertreter der deutschen Minderheit Herr Bernard Gaida und Herr Damian Stepaniak erschienen und weitere Bürger der Stadt. Auch das Vorstandsmitglied des VSK, Wolfgang Thust, der die Marmorplatten ausgesucht und gestaltet hatte, war anwesend. Aus Berlin war eine kleine Delegation der Berliner Geschichtswerkstatt angereist, darunter Sonja Miltenberger, Jürgen Karwelat und seine Frau Kirsten und Peter Lassau mit seiner Frau Gabi. Mit von der Partie war auch Frau Mechthild Rawert, Bundestagsabgeordnete für die SPD bis 2017. In den kurzen Reden wurde besonders hervorgehoben, dass Paul Löbe schon in den 1920er Jahren transnational gedacht hat und sich für "Vereinigte Staaten von Europa" einsetzte.

Die Vorgeschichte

Meine Frau Kirsten und ich hatten Weihnachten 2012 in Liegnitz verbracht, die Stadt durchstreift und uns natürlich auch durch Lektüre über die Stadt informiert. So wussten wir, dass der SPD-Politiker und Reichstagspräsident in Liegnitz geboren war, eine konkrete Adresse hatten wir aber nicht. Unser Interesse galt diesem Mann vor allem, weil er heute noch in Berlin im politischen Alltag präsent ist. Das Gebäude, in dem die Ausschüsse des Deutschen Bundestags tagen, heißt „Paul-Löbe-Haus“, die Straße, an dem das Haus liegt, hat den Namen „Paul-Löbe-Allee“. Es gibt in Berlin eine „Paul-Löbe-Schule“. Schließlich war der langjährige Berliner Bundestagsabgeordnete Ehrenbürger Berlins. Und er ist auf dem Waldfriedhof in Berlin-Zehlendorf beerdigt. Grund genug, eine geistige Brücke zwischen Berlin und Liegnitz, zwischen Deutschland und Polen, zu schlagen.

Wir lernten Jürgen Gretschel, Vorsitzender der deutschen soziokulturellen Gesellschaft in Liegnitz kennen. Er hat uns im Herbst 2013 die Geburtsurkunde von Paul Löbe aus dem Staatsarchiv besorgt und uns zugeredet, mit dem Stadtpräsidenten, Herrn Tadeusz Krzakowski, wegen einer Erinnerungstafel für Paul Löbe Kontakt aufzunehmen. Auf den offiziellen Brief der Berliner Geschichtswerkstatt vom 8. April 2017 reagierte der Stadtpräsident positiv und schlug sogar vor, die Tafeln schon zum 50. Todestag Paul Löbe, also am 3. August 2017, einzuweihen. Dies war nun etwas zu „sportlich“, alles in drei Monaten zu schaffen. Hatten wir zuerst daran gedacht, zwei etwa 1,90 Meter hohe Stelen auf einer Freifläche in der Ulica Partyzantow aufzustellen, mussten wir feststellen, dass es dafür dreier Genehmigungen und auch noch der Zustimmung des Stadtparlaments bedurfte. So entschieden wir uns für die kleinere Lösung, nämlich die „Tafellösung am Haus“. Und auch das haben wir in der noch zur Verfügung stehenden Zeit nicht geschafft. Nachdem wir einem polnischen Architekten eine notariell beglaubigte Vollmacht erteilt hatten, im Namen der Berliner Geschichtswerkstatt die notwendigen Anträge zu stellen, konnte es endlich los gehen. Es dauerte dann aber doch noch ein Jahr, bis wir die Genehmigungen der Hauseigentümer, eine Wohnungseigentümergeinschaft, und die Genehmigungen der Bauverwaltung der Stadt und des Stadtkonservators bekamen. Dabei war uns das Team des Hotels Gwarna unter Leitung des deutschen Eigentümers Wolfgang Henneberg sehr behilflich.

Inzwischen hatten wir durch Spendenaufrufe, insbesondere bei SPD-Bundestagsabgeordneten, genügend Geld zusammen, um das Projekt finanzieren zu können. Als Mitstreiterin konnten wir vor allem die Berliner Bundestagsabgeordnete Mechthild Rawert gewinnen. Wir konnten auch den Bundestagspräsidenten Dr. Schäuble und den SPD-Bundesvorstand von dem Projekt überzeugen, die zusammen den Großteil der Finanzierung übernommen haben.

Für ein friedliches Europa

So konnte ich mich bei der Enthüllung der Gedenktafeln bei zahlreichen Personen bedanken, aber leider nicht mehr bei Jürgen Gretschel, der durch das Auffinden der Geburtsurkunde einen wesentlichen Anteil an dem Projekt hatte. Er starb im Oktober 2016.



In meiner Eröffnungsrede erinnerte ich an die Kriege, die von Deutschland ausgegangen und zur Verwüstung unseres Kontinents geführt hatten. DemokratInnen heute hätten „die besondere Aufgabe, friedlich miteinander zu leben und in gewisser Weise füreinander zu sorgen. Dabei ist es gut, wenn wir uns an eine gute gemeinsame Vergangenheit erinnern können. Diese gemeinsame Vergangenheit verkörpert Paul Löbe.“ Auch Krzysztof Duszkiewicz, stellvertretender Stadtpräsident von Legnica, erinnerte an die demokratische Haltung Paul Löbes, die ihn ins Konzentrationslager brachte, und wünschte sich eine gute Völkerverständigung und Nähe zwischen Deutschland und Polen.

Übersetzerin Aleksandra Kusnierz,
Jürgen Karwelat, Krzysztof Duszkiewicz
Foto: Sonja Miltenberger

Die Enthüllung der zwei in Deutsch bzw. in Polnisch erstellten Gedenktafeln für Paul Löbe erfolgte durch Krzysztof Duszkiewicz, Mechthild Rawert und der 92jährigen Helga Zinsmeyer, die 1926 in Liegnitz geboren wurde und als einzige Anwesende Paul Löbe noch persönlich gekannt hat. Sie hat bei ihm als Kind auf seinem Schoß gesessen.



Krzysztof Duszkiewicz, Helga Zinsmeyer Mechthild Rawert
Foto: Sonja Miltenberger

An der Gedenkveranstaltung und dem anschließendem Empfang im Museum nahmen außer den genannten Personen teil Herr Ryszard Misiak, Architekt sowie Herr Peter Winkler, Vorstandsmitglied der Bundesgruppe Liegnitz e.V.

Grußworte aus Deutschland

In den Räumen des Kupfermuseums begrüßte uns Herr Marcin Makuch, Historiker und Direktor des Museums. Er berichtete über die Kinder- und Jugendzeit Paul Löbes, der schon in frühem Alter politisches Bewusstsein entwickelt habe.

Zu der Veranstaltung waren drei Grußworte eingetroffen: eines vom Bundestagspräsidenten Herrn Dr. Schäuble, eines von der Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschland, Frau Andrea Nahles, und eines von Thomas Oppermann, dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestags.

Die Grußworte wurden der Kälte wegen während des Empfangs im Kupfermuseum gehalten.

Der Präsident des Deutschen Bundestages, Dr. Wolfgang Schäuble, erinnerte in seinem von Aleksandra Kusnierz, Mitarbeiterin im Liegnitzer Museum, auf Polnisch verlesenen Grußwort daran, dass der Sozialdemokrat Paul Löbe auch nach dem Zweiten Weltkrieg, den Deutschland mit einem verbrecherischen Angriffs- und Vernichtungskrieg gegen Polen begonnen hatte, „in einem moralisch diskreditierten Land einen echten Neuanfang“ verkörperte. Paul Löbe „hatte 1933 als einer der Wenigen gegen das Ermächtigungsgesetz gestimmt und nationalsozialistischen Terror am eigenen Leib erfahren: 1933 für mehrere Monate in sogenannter Schutzhaft, nach dem gescheiterten Hitler-Attentat vom 20. Juli 1944 wegen seiner Verbindung zur Widerstandsgruppe um Carl Friedrich Goerdeler im Konzentrationslager Groß-Rosen in Schlesien. In seiner Heimat.“ Schäuble verwies auch darauf, dass Paul Löbe nach dem Überleben in der Diktatur die Verlust Erfahrung mit Millionen



Festakt im Kupfermuseum (Muzeum Miedzi w Legnicy)

Foto: Sonja Miltenberger

Heimatvertriebenen verband. Auch deshalb trat er mit Nachdruck für die deutsch-deutsche Wiedervereinigung ein. Aber Löbe, der zu den frühen leidenschaftlichen Europäern zählte, hätte auch gewusst, dass dies nur in einem geeinten Europa möglich sein würde.

Auch Andrea Nahles betonte in ihrem von Mechthild Rawert (SPD), MdB a. D. verlesenen Grußwort den Vorbildcharakter

von Paul Löbe als überzeugtem Europäer. Früher als andere habe er sich für Europa engagiert. Bereits in der Weimarer Republik hatte sich Paul Löbe als Präsident der deutschen Paneuropa-Union für Verbesserungen im deutsch-polnischen Verhältnis eingesetzt. „Paul Löbe hat gegen die Nazis gekämpft. Sein Vermächtnis ist unsere Verpflichtung. Der Kampf gegen Rechtsextremismus ist heute eine große Herausforderung für uns Demokratinnen und Demokraten. Es ist Aufgabe der gesamten demokratischen Gesellschaft und aller ihrer Institutionen, dafür zu sorgen, dass Intoleranz sowie rechtsextreme und antisemitische Einstellungen in unserer Gesellschaft keinen Raum finden.“

Generalkonsul Hans Jörg Neumann war direkt von der UN-Klimakonferenz im polnischen Kattowitz nach Legnica gekommen. Er freute sich besonders, dass hier deutsche und polnische Freunde einen in Schlesien geborenen Politiker an seinem Geburtsort ehren. Dies sei ein wunderbares Symbol der deutsch-polnischen Freundschaft. Ohnehin sei Legnica/Liegnitz „ein beispielhafter Ort unserer Kooperation“. Paul Löbe sei nicht nur paneuropäisch aktiv gewesen, sondern habe sich besonders um das deutsch-polnische Verhältnis bemüht. „In der Zeit der Weimarer Republik sprach er sich im Namen der SPD für einen Ausgleich mit dem wieder unabhängigen Polen aus. 1927 reiste er deshalb zu Gesprächen mit polnischen Politikern nach Warschau und Lodz. Er erklärte ihnen, beide Länder sollen sich nicht länger „politisch bekämpfen“ sondern „wirtschaftlich zusammenarbeiten“. Dabei regte er Verhandlungen über strittige Grenzfragen an, als Gegenleistung könne das Deutsche Reich Handelsverträge anbieten. Leider waren seine diesbezüglichen Bemühungen nur von wenig Erfolg gekrönt.“ Paul Löbe hätte es gefallen, dass sein einstmaliger deutscher und jetzt polnischer Heimatort wieder in einer gemeinsamen Union vereint sind.

Mechthild Rawert verwies darauf, dass die SPD Berlin-Friedenau anlässlich seines Todestages am 3. August 1967 Paul Löbe regelmäßig gedenkt. Er lebte von 1936 bis 1939 in einer für ihn besonders schweren Zeit in der Rubensstraße 118 in Friedenau. Sein Leitsatz „Je finsterer es draußen aussieht, umso fester müssen wir die Aufgabe in der eigenen Hand behalten“, sei ein politischer Ansporn.



Aleksandra Kusnierz, Mechthild Rawert
Foto: Sonja Miltenberger

Die beiden Tafeln am Geburtsort von Paul Löbe haben gute Chancen im Stadtbild von Einheimischen und Touristen wahrgenommen zu werden. Auf der gegenüberliegenden Straßenseite liegt ein viel besuchter Markt für Lebensmittel und Bedarfsgegenstände aller Art. Außerdem befinden sich die Tafeln in der Straße zwischen bedeutenden Bauwerken der Stadt, der berühmten Johanniskirche und dem Stadtschloss. Hier kommt nahezu jeder Besucher der Stadt vorbei, der sich für Geschichte und Architektur interessiert.



Foto: Jürgen Karwelat

Wer war Paul Löbe?

Jürgen Karwelat

Paul Löbe war sicherlich einer der profiliertesten deutschen Politiker der 20. Jahrhunderts. In der Weimarer Republik spielte er als Reichspräsident eine enorm wichtige Rolle der ersten Demokratie auf Reichsebene in Deutschland. Geboren wurde Paul Löbe am 14. Dezember 1875 als Sohn des Tischlers Heinrich Löbe (1843-1898). Er war das erste der vier Kinder von Heinrich und Pauline Löbe (1852-1947). Zwischen 1882 und 1890 besuchte er die evangelische Volksschule Dornbusch in Liegnitz und absolvierte im Anschluss von 1890 bis 1895 in der Druckerei Krumbhaar eine Schriftsetzerlehre. Von dort ging er nach Breslau und begann 1898 die damals übliche Wanderschaft, um Erfahrungen in seinem Beruf zu sammeln.

Er kam durch Süddeutschland, Österreich-Ungarn, Italien und in die Schweiz. Nach seiner Rückkehr nach Breslau wurde er 1899 Redakteur und später Chefredakteur der sozial-demokratischen Breslauer Volkswacht. Wegen seiner Arbeit saß er mehrmals im Gefängnis oder musste Geldstrafen zahlen. In seinen Memoiren schildert Löbe diese Gefängnisaufenthalte mit Witz und Ironie. Einen Monat Haft erhielt er, weil sich die Mitglieder des Preußischen Herrenhauses durch Löbe beleidigt gefühlt hatten durch die Bezeichnung „Sklaventhalter“ wegen deren Einsatz für die Aufrechterhaltung der Gesindeordnung. Schließlich erhielt er 1906 ein Jahr Gefängnis, weil die Zeitung zu Wahlrechtsdemonstrationen in Preußen aufgerufen hatte. Das preußische Dreiklassenwahlrecht ging erst 1918 mit der Monarchie unter. 1901 heiratete Löbe zwischen zwei Gefängnisaufhalten die ebenfalls aus Liegnitz stammende Clara Schaller (1879–1964).

Löbe engagierte sich in der sozialdemokratischen Partei. Er gründete 1898 den SPD-Ortsverein von Ilmenau. 1899 wurde er Vorsitzender der SPD in Mittelschlesien. 1904 erhielt er ein Mandat für die Stadtverordnetenversammlung von Breslau, als zweiter Sozialdemokrat unter 102 Mitgliedern und 1915 für den Schlesischen Provinzial-Landtag. 1919 wurde er in die Weimarer Nationalversammlung gewählt. Mit Politikern wie Aristide Briand, Edvard Beneš, Ignaz Seipel und Konrad Adenauer engagierte er sich in der 1922 gegründeten Paneuropa-Union. Zeitweise war Löbe Präsident der Paneuropa-Union Deutschland.

1927 reiste er für einen Ausgleich mit Polen zu Gesprächen mit polnischen Politikern nach Warschau und Lodz. Er erklärte ihnen, beide Länder sollten sich nicht länger „politisch bekämpfen“, sondern „wirtschaftlich zusammenarbeiten“. Dabei regte er Verhandlungen über strittige Grenzfragen an, als Gegenleistung könne das Deutsche Reich Handelsverträge anbieten. Dies stieß auf der Gegenseite aber nicht auf das von ihm erhoffte Interesse.



Foto: © APG / I. H. 2014

Paul Löbe, um 1924

Quelle: Bundesarchiv, Bild 102-01053 A

Auch aus der Biografie ist zu entnehmen, dass Paul Löbe seine Zeit als Reichstagspräsident besonders bedeutsam empfand. Zahlreiche Anekdoten zur Charakterisierung einzelner Abgeordneter schildert er in seiner Biografie "Der Weg war lang". Worauf er besonderen Wert legte, war die Tatsache, dass die Nazis gegen Ende der Weimarer Republik und später völlig zu Unrecht polemisierten, dass 14 Jahre in Deutschland der "Marxismus" regiert habe, es tatsächlich aber in der Weimarer Republik nur drei sozialdemokratische Reichskanzler von insgesamt 18 gegeben habe. An den 18 Regierungen waren die Sozialdemokraten nur acht Mal beteiligt. Trotzdem war Löbe von 1920 bis 1932 bis auf eine kurze Periode von acht Monaten (Mai 1924 bis Januar 1925) Präsident des Deutschen Reichstags. Er war damit einer der wichtigsten Politiker der Weimarer Republik. 1932 wurde er durch den Nationalsozialisten Hermann Göring abgelöst. Paul Löbe gehörte zu den 93 SPD-Abgeordneten, die am

23. März 1933 gegen das Ermächtigungsgesetz stimmten. Die Nationalsozialisten inhaftierten Paul Löbe am 23. Juni 1933. Bis Anfang Juli 1933 saß er in den Berliner Gefängnissen am Alexanderplatz und in Spandau, dann bis Mitte August im KZ Breslau-Dürrgoy, danach bis Ende Dezember im Gefängnis Berlin-Alexanderplatz. Trotz Löbes oppositioneller Haltung zum NS-Regime wurde ihm als ehemaligem Reichstagspräsidenten später auf Anweisung Hitlers eine Pension in Höhe von 600 RM gewährt, die bis 1945 pünktlich ausbezahlt wurde. Im Schattenkabinett der Verschwörer des 20. Juli war Löbe als Reichspräsident vorgesehen. Am 23. August 1944 wurde er erneut verhaftet und nach kurzer Gefängniszeit in Breslau im KZ Groß Rosen inhaftiert, wo er am 9. Mai 1945 von sowjetischen Truppen befreit wurde.

Danach wurde der im Städtchen Habelschwerdt als Bürgermeister eingesetzt. Im Juni 1945 wurde Löbe von den polnischen Behörden aus Schlesien ausgewiesen. Löbe reiste nach Berlin, wohnte im amerikanischen Sektor und war wieder in der SPD aktiv. Bis an sein Lebensende blieb Löbe in der westdeutschen SPD und setzte sich besonders für die Belange der Heimatvertriebenen ein. Nach dem Zweiten Weltkrieg beteiligte sich Löbe maßgeblich am Wiederaufbau der SPD und wurde Mitglied des Berliner Zentralausschusses der Partei. Dabei lehnte er die Zwangsvereinigung mit der KPD zur SED in der sowjetischen Besatzungszone strikt ab. Er verließ deshalb den Zentralausschuss der (Ost-)Berliner SPD und engagierte sich in der SPD der Westsektoren, die selbständig blieb. 1947 wurde er zum Vorsitzenden des Außenpolitischen Ausschusses der SPD ernannt. Noch 1945 war er Redakteur der Tageszeitung *Das Volk*, später dann Lizenzträger des *Telegraf* im britischen Sektor Berlins geworden. Von 1949 bis 1951 war Löbe der Gründungspräsident des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung, später sein Vizepräsident.

Löbe als Nachkriegspolitiker

Löbe war 1948/1949 Mitglied im Parlamentarischen Rat und dort stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion. Mit 73 Jahren war Paul Löbe ältester Abgeordneter und eröffnete deshalb die erste Sitzung am 7. September 1949 in der ehemaligen Turnhalle der Pädagogischen Akademie in Bonn, die als Plenarsaal diente. Von 1949 bis 1953 war Löbe schließlich auch Mitglied des Deutschen Bundestages. Er war Berliner Abgeordneter. Dies bedeutete, dass er zwar in den Ausschüssen, nicht aber im Plenum stimmberechtigtes Mitglied des Bundestages war. Berlin war aufgrund alliierten Rechts nicht konstitutioneller Bestandteil der Bundesrepublik Deutschland, dementsprechend hatten die Berliner Abgeordneten nur eingeschränkte Rechte.

Die erste Sitzung des Deutschen Bundestages

Der Deutsche Bundestag berichtet auf seinen Internetseiten über die erste Sitzung ausführlich. Im Folgenden zitiere ich aus diesen Internetseiten: "Indem wir die Wiedergewinnung der deutschen Einheit als erste unserer Aufgaben vor uns sehen, versichern wir gleichzeitig, dass dieses Deutschland ein aufrichtiges, von gutem Willen erfülltes Glied eines geeinten Europa sein will", sagte Löbe. Das Protokoll registriert Bravorufe und Händeklatschen. Unter Beifall fügte Löbe hinzu:

"Uns bewegt nicht, wie es früher geschehen ist, der Gedanke an irgendeine Form von Vorherrschaft; wir wollen mit allen anderen gleichberechtigt in den Kreis der europäischen Nationen treten."

Löbe richtete den Blick zurück ins Jahr 1933, als der Reichstag in der Berliner Kroll-Oper mit dem Beschluss des Ermächtigungsgesetzes die "staatsbürgerlichen Freiheiten" für lange Jahre begrub. "Das war ein illegaler Akt, durchgeführt von einer illegalen Regierung. Der Widerstand dagegen war eine patriotische Tat", sagte der Sozialdemokrat.

Unruhe kam auf, als Löbe darauf hinwies, dass 24 von 94 SPD-Abgeordneten, die gegen das Ermächtigungsgesetz gestimmt hatten, ihren Widerstand mit dem Leben bezahlten. Von rechts kam - laut Protokoll - der Zuruf "Auch von anderen Parteien sind Opfer gebracht worden; wir wollen keine Rechnungen aufmachen!" Löbe nannte im Folgenden ausdrücklich die Opfer der kommunistischen Fraktion, des früheren Zentrums und der Abgeordneten "bis in die Rechtsparteien hinein".

Der Alterspräsident erinnerte ferner an das Schicksal "unserer Kriegsgefangenen und verschleppten Menschen", die schon über fünf Jahre von der Heimat ferngehalten würden. "Helft diese schlimme Unmenschlichkeit beseitigen! Es genügt nicht, der Wiederkehr der mörderischen Kriege vorzubeugen - wobei zu helfen unsere erste Pflicht sein wird -, es müssen auch die schmerzlichen Reste dieser Vergangenheit endlich beseitigt werden", sagte Löbe unter lebhaftem Beifall.

Nach einer Gedenkminute für die Kriegsoffer aller Völker richtete Löbe den Blick in die Zukunft: Deutschland wolle ein "aufrichtiges, friedliebendes, gleichberechtigtes Glied der Vereinigten Staaten von Europa werden". Schließlich rügte der Alterspräsident den zurückliegenden "erbitterten Wahlkampf" und rief dazu auf, sich soweit zusammenzufinden, "dass Ersprießliches für unser Volk daraus erwächst, damit wir uns auch die Achtung für unser deutsches Volk in der Welt draußen zurückgewinnen!"

Paul Löbe, inzwischen Ehrenbürger von Berlin, starb am 3. August 1967. Er wurde in West-Berlin am 9. August 1967 auf dem Waldfriedhof von Zehlendorf beerdigt.



Dr. Wolfgang Schäuble
Präsident des Deutschen Bundestages

Zu verlesendes Grußwort
bei der Enthüllung der Gedenktafel für Paul Löbe in seiner
Geburtsstadt Liegnitz

Sehr geehrter Herr Stadtpräsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

2018 haben wir in Europa vielerorts an das Ende des Ersten Weltkriegs erinnert, auch an die weitreichenden politischen Veränderungen nach Kriegsende – nicht zuletzt in unseren beiden Ländern: Polen gedachte seiner Unabhängigkeit vor 100 Jahren, Deutschland dem Sturz der Monarchie und dem revolutionären Beginn seiner ersten parlamentarischen Demokratie. Sie ist untrennbar mit Paul Löbe verbunden, dem bedeutenden Sohn dieser Stadt – einem großen Sozialdemokraten und herausragenden Parlamentarier.

Paul Löbe war der letzte demokratische Reichstagspräsident der Weimarer Republik – und er wurde 1949 in der jungen Bundesrepublik erster Alterspräsident des Deutschen Bundestages. Dem Reichstag hatte der Sozialdemokrat zwölf Jahre vorgestanden, er war damit in der instabilen Weimarer Republik ein seltener Garant für politische Kontinuität. Nach dem Zweiten Weltkrieg, den Deutschland mit einem verbrecherischen Angriffs- und Vernichtungskrieg gegen Polen begonnen hatte, verkörperte Löbe in einem moralisch diskreditierten Land einen echten Neuanfang. Er hatte 1933 als einer der Wenigen gegen das Ermächtigungsgesetz gestimmt und den nationalsozialistischen Terror am eigenen Leib erfahren: 1933 für mehrere Monate in sogenannter Schutzhaft, nach dem gescheiterten Hitler-Attentat vom 20. Juli 1944 wegen seiner Verbindung zur Widerstandsgruppe um Carl Friedrich Goerdeler im Konzentrationslager Groß-Rosen in Schlesien. In seiner Heimat.



Die wechselvolle Geschichte des schlesischen Liegnitz verdeutlicht beispielhaft die schicksalshafte Verbindung unserer beiden Nationen. Hier wurde Paul Löbe 1875 geboren, hier machte er seine Lehre als Schriftsetzer. Und hier vollzog sich seine Politisierung im Kaiserreich. Das deutsche Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ berichtete 1949 darüber. So besuchte Löbe eine Woche nach seiner Konfirmation eine Liegnitzer Wahlversammlung. Weil ihn dort ein Polizeibeamter noch an die frische Luft setzte, stülpte sich der Junge zur nächsten Versammlung einen Stuhl über den Kopf, um sich als angeblicher Hausdiener Zugang zu verschaffen.

Nach seinen Lehrjahren wurde Löbe in Breslau als Journalist tätig, begann dort in der Stadtverordnetenversammlung seine parlamentarische Karriere. Als Politiker zog es ihn nach Berlin. Schlesien blieb aber seine Heimat. Deshalb verband ihn nach dem Überleben der Diktatur die Verlusterfahrung mit Millionen Heimatvertriebenen, deshalb trat er mit Nachdruck für die Wiedervereinigung ein. Aber Löbe, der zu den frühen leidenschaftlichen Europäern zählte, wusste auch, dass dies nur in einem geeinten Europa möglich sein würde. Und er erkannte früher als andere, dass der Weg dahin nur über ein friedliches Zusammenleben mit Polen führen konnte. Bereits in der Weimarer Republik hatte sich Paul Löbe als Präsident der deutschen Paneuropa-Union für Verbesserungen im deutsch-polnischen Verhältnis engagiert.

Seine Lebenserinnerungen tragen den Titel „Der Weg war lang“. Das beschreibt auch den Weg zur Aussöhnung unserer Völker. Er ließ und er lässt sich nur erfolgreich gehen, weil sich beide Nationen ihrer gemeinsamen Geschichte stellten, weil wir den – im doppelten Wortsinne – geteilten Erinnerungen Raum geben und doch gleichzeitig an unserer gemeinsamen Zukunft in einem geeinten Europa arbeiten. Die Gedenkplakette für Paul Löbe hier in Legnica ist ein Beitrag dazu. Ich danke deshalb der Berliner Geschichtswerkstatt für diese Initiative. Und ich danke der Stadt Legnica, die die Anbringung der Tafel genehmigt hat, sowie der SPD, die an deren Finanzierung beteiligt ist. Damit bleibt in seiner Geburtsstadt die Erinnerung wach an einen weitsichtigen Versöhner, in dessen Leben sich deutsche und polnische Geschichte spiegelt.

Grußwort anlässlich der Anbringung von Gedenktafeln in Polnisch und Deutsch für Paul Löbe in Legnica/Liegnitz am Samstag, den 15. Dezember 2018

Sehr geehrter Herr Stadtpräsident Krzakowki, sehr geehrter Herr Karwelat, sehr geehrte Damen und Herren,

leider kann ich heute nicht in Liegnitz sein. Ich hätte sehr gerne an der Enthüllung der Gedenktafeln für Paul Löbe teilgenommen.

Paul Löbe war einer der bedeutendsten Politiker in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. 1875 wurde er in Liegnitz als Sohn eines Tischlers geboren. Die Familie war arm. Paul Löbe hat als junger Mensch das Elend der Arbeiterfamilien kennen gelernt, aber auch schnell gelernt, Verantwortung zu übernehmen. Seit 1895 war er Mitglied der Sozialdemokratischen Partei. In seiner Zeit als Redakteur der Breslauer „Volkswacht“ hat er seine Erfahrungen mit der unterdrückerischen Justiz des deutschen Kaiserreichs gemacht. Mehrfach wurde er wegen der Veröffentlichung von Zeitungsartikeln wegen angeblicher Beleidigung des preußischen Herrenhauses und anderer Taten zu Haftstrafen verurteilt.

In der Weimarer Republik wurde Paul Löbe einer der wichtigsten Politiker in Deutschland. Von 1920 bis 1932 war er Präsident des Deutschen Reichstags. In dieser Zeit setzte er sich auch als zweiter Vorsitzender der Paneuropa-Bewegung in Deutschland für die „Vereinigten Staaten in Europa“ ein. Gleichzeitig sprach er sich im Namen der SPD für eine Annäherung an Polen aus. In Warschau und Lodz erklärte er gegenüber polnischen Politikern, beide Länder sollten sich nicht länger „politisch bekämpfen“, sondern „wirtschaftlich zusammenarbeiten“.

In der Nazizeit wurde Paul Löbe wegen seiner Haltung zeitweise ins Gefängnis gesperrt. Eine Zeit lang musste er im berüchtigten KZ Groß Rosen verbringen. 1949 war er der Alterspräsident des neuen Deutschen Bundestages und für die SPD Abgeordneter für Berlin.

Paul Löbe ist, das kann man wirklich sagen, einer der großen sozialdemokratischen Politiker des 20. Jahrhunderts in Deutschland. Es freut mich, dass nun auch an seinem Geburtsort an den großen deutschen und europäisch denkenden Politiker erinnert wird.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr Thomas Oppermann

Die Revolution 1918/19 in Berlin und die Presse. Ausstellung mit Originalausgaben von Zeitungen aus der Revolutionszeit in der Berliner Geschichtswerkstatt

Jürgen Karwelat

In den Räumen der Berliner Geschichtswerkstatt fand am 12. Januar 2019 eine kleine Ausstellungeröffnung mit Zeitungen und Fotos aus der Zeit der Revolution 1918/19 statt.



Foto: Jürgen Karwelat

Der Untergang des Kaiserreichs und die Entstehung der Republik haben sich auch in der Berliner Presse gespiegelt. Nach dem 9. November 1918 wurden Zeitungsverlage besetzt, neue Zeitungen entstanden. Die beiden ersten Nummern der *Roten Fahne* des Spartakusbundes erschienen am 9. und 10. November 1918 als neue Ausgabe des *Lokal-Anzeigers*. Am 5. Januar 1919 wurden die Redaktionsräume des sozialdemokratischen *Vorwärts* besetzt und fünf Tage lang ein *Besetzer-Vorwärts* herausgegeben. Am 15. November 1918 bzw. am 3. Dezember 1918 waren die neuen Tageszeitungen *Die Freiheit* und *Die Republik* erschienen.

In der Ausstellung wurden auch die beiden ersten Nummern der in Berlin erschienenen *Die rote Fahne* und weitere Berliner Originalzeitungen aus der Zeit der Revolution 1918/1919 gezeigt.

Die Ausstellungseröffnung

Zur Ausstellungseröffnung erschienen ca. 20 Personen, unter anderem auch Herr C. Eberhard Schultze, der uns das Material unentgeltlich zur Verfügung gestellt hatte. Auch bei den gezeigten, zum Teil ungewöhnlichen Fotos war Herr Schultze die Quelle. Die Fotos waren dem Buch „Deutsche Soldaten – Vom Frontheer und Freicorps über die neue Reichswehr zur neuen Wehrmacht“, Leipzig 1935, entnommen. Das Buch mit nationalsozialistischem Gedankengut heroisiert den Kampf der rechtsnationalen Freicorps als Freiheitskampf für das deutsche Volk. Die in Originalgröße erstellten Kopien der Zeitungen hingen mit Zeitungshaltern an der Wand und konnten benutzt werden.

In seiner Einführung ging Jürgen Karwelat darauf ein, dass auch die berühmtest-berühmteste Zeitung mit den Falschmeldungen über die Ermordung von Liebknecht und Luxemburg gezeigt werde. Das Berliner Tageblatt, Abendausgabe vom 16. Januar 1919, hatte getitelt:

Liebknecht und Rosa Luxemburg nach ihrer Verhaftung getötet. Liebknecht bei einem Fluchtversuch erschossen; Rosa Luxemburg von der Menge gelyncht.

Interessant war auch der Hinweis, dass die gezeigte Rote Fahne Nummer 1, nicht die erste Rote Fahne in Deutschland war. Einige Tage zuvor waren bereits rote Fahnen in Bremen und Stuttgart herausgekommen, dort aber jeweils vom örtlichen Arbeiter- und Soldatenrat.

In Berlin firmierte die „Spartakusgruppe“ als Herausgeber. Für die einzelnen Zeitungen waren kurze Erläuterungstexte erstellt worden. Wir zitieren hier den Text zu den Nummern 1 und 2 der Roten Fahne.

Nach dem Studium dieser Zeitungen darf bezweifelt werden, dass Karl Liebkecht erst am Nachmittag des 9. November 1918 um 16 Uhr am Stadtschloss die „sozialistische Republik“ ausgerufen hat. Sehr wahrscheinlich hat er dies schon zu einem früheren Zeitpunkt in der Stadt getan:



Berliner Tageblatt vom 16. Januar 1919
Foto: Jürgen Karwelat

Kommentierung zu den Zeitungen „rote Fahne“, Nummern 1 und 2

Die rote Fahne Nummer 1 und Nummer 2 - Die Ausrufung der Republik



Büro im W.T.B. am 11. Januar 1919

Aus: Deutsche Soldaten [...], 1935

Am Abend des 9. November 1918 besetzten revolutionäre Arbeiter die Redaktion des konservativen *Berliner Lokalanzeiger* in der Zimmerstraße 35-41 und erklärten die Zeitung zum Eigentum des Proletariats.

Die Besetzung war unter der Führung von Hermann Duncker (1874-1960), einem promovierten Historiker und Mitbegründer des Spartakusbundes und der KPD durchgeführt worden.

Am 11.11.1918 räumten regierungstreue Truppen das

Verlagsgebäude, so dass der *Berliner Lokalanzeiger* am 12.11.1918 wieder im Scherl-Verlag erschien.

Die zweite Abendausgabe des *Berliner Lokalanzeiger* vom 9.11.1918 wurde zur ersten Ausgabe der *roten Fahne*, gut erkennbar, denn in der Unterzeile des Kopfes: "*Ehemaliger Berliner Lokalanzeiger - 2. Abendausgabe*". Wörtlich heißt es: "*Die Redaktion des ‚Berliner Lokalanzeigers‘ ist von Vertretern des revolutionären Volkes (Spartakus-Gruppe) besetzt. Die Redaktionsführung ist damit an die Leitung der Genossen übergegangen*". Was auffällig ist, Namen von Verantwortlichen oder auch Autoren der Artikel werden nicht genannt. Dies gilt auch für die zweite Ausgabe der *roten Fahne* vom 10. November 1918.

In dieser Ausgabe der Zeitung wurden Meldungen über die Vorkommnisse des Vortages in Berlin und im Reich veröffentlicht. Die Verkündung der Republik spielte erstaunlicherweise eine untergeordnete Rolle. Was noch erstaunlicher ist: Die Verkündung der "sozialistischen Republik" durch Karl Liebknecht am Stadtschloss kommt nicht vor. In einer untergeordneten Nachricht auf Seite drei heißt es lediglich:

"Karl Liebknecht im Schlosse. Berlin, 9. November. (Meldung des Arbeiter- und Soldatenrates) Karl Liebknecht hat die rote Fahne am Schloss gehißt. Auch vom Brandenburger Tor weht die rote Flagge. Großer Jubel der Bevölkerung."

Die Verkündung der "deutschen Republik" hingegen wurde, ebenfalls auf Seite drei, ausführlich dargestellt:

"Scheidemann vor dem Reichstag - Arbeiter und Soldaten! Das deutsche Volk hat auf der ganzen Linie gesiegt. (Hochrufe.) Das Alte, Morsche ist zusammengebrochen. Der Militarismus ist erledigt. Die Hohenzollern haben abgedankt. Es lebe die deutsche Republik! (Hochrufe.) Ebert bildet die neue Regierung. Alle sozialdemokratischen Richtungen werden ihr angehören. (Stürmischer Beifall.) Jetzt besteht unsere Aufgabe darin, diesen glänzenden Sieg, diesen vollen Sieg des deutschen Volkes nicht beschmutzen zu lassen. Deshalb bitte ich Sie, sorgen Sie dafür, daß keine Störung der Sicherheit eintritt. Wir müssen stolz sein können für alle Zukunft auf diesen Tag. Nichts darf existieren, was man uns später würde vorwerfen können.

Ruhe, Ordnung und Sicherheit, das ist es, was wir jetzt brauchen. Der Oberbefehlshaber in den Marken und der Kriegsminister Scheüch werden je einen Beigeordneten bekommen. Abg. Göhre wird neben Scheüch alle Kundmachungen des Kriegsministers zeichnen. Es gilt also von jetzt ab die Bekanntmachungen zu akzeptieren, die unterzeichnet sind von Ebert, Scheüch und Göhre. Sorgen Sie für die Sicherheit des neuen deutschen Volksstaats, den wir errichten werden. Es lebe die deutsche Republik! (Stürmischer Beifall und Hochrufe.)"



Frontsoldaten haben das Mosse-Haus gestürmt, oben noch die weiße Fahne der Verteidiger
Aus: Deutsche Soldaten [...], 1935

Es spricht viel dafür, dass es nicht zu der über Jahrzehnte verbreiteten Verkündung der sozialistischen Republik durch Liebknecht vom Portal IV des Stadtschlusses gekommen war. Stefan Reinecke schreibt in seinem Artikel in der TAZ vom 9. November 2018: *"Wahrscheinlich hat Liebknecht schon den ganzen Tag über in Schöneberg und Steglitz die sozialistische Republik ausgerufen. Und eben auch im Schloss, das er in der Dämmerung mit zwei Dutzend Genossen betrat."* Weiter schreibt Reinecke: *"Wahrscheinlich ist: Liebknecht hat die sozialistische Republik zuvor auf dem Dach eines Autos ausgerufen"*, nicht aber vom Portal IV.

„Die rote Fahne“ Nummer 2 bestätigt dies indirekt, indem ausführlich über Scheidemann vor dem Reichstag berichtet wird, eine Rede Liebknechts am Schloss aber nicht erwähnt wird.

Der Findling in der Wilhelmsaue: ein Gedenkstein mit Vergangenheit und ungewisser Zukunft

Michael Roeder

Am östlichen Ende des Mittelstreifens steht ein gewaltiger Stein mit der Inschrift: „DU befindest Dich hier auf der ehemaligen Dorfaue im ältesten Teil unseres Bezirkes. UM 1750 gaben Bauerngehöfte, umschlossen von Feldern, Wiesen und Seen, Alt-Wilmersdorf das Gepräge.“ Hat man etwa 1956 – elf Jahre nach Kriegsende inmitten der zerstörten Stadt – diesen 3,80 m hohen und mehrere Tonnen schweren Findling aus dem Bayerischen Wald hergeschafft, um mitzuteilen, dass sich hier einst eine ländliche Idylle befand? Tatsächlich jedoch stand der Findling damals schon 23 Jahre dort und war schon einmal enthüllt worden mit diesem Text: „Schlageter zum Gedächtnis, 26. Mai 1933, NSDAP“.

Bisher trägt der Findling keinen Hinweis auf seinen Ursprung. Anhand von Zeitdokumenten* lässt sich seine mehrschichtige Geschichte rekonstruieren:

Schlageter-Denkmal

Der Findling wurde am am 26.5.1933 zum zehnten Todestag Schlageters eingeweiht. NSDAP-Ortsgruppen, Abordnungen von SA, SS, Stahlhelm und Kriegervereinen, der Pfarrer der Auenkirche, das gesamte Bezirksamtskollegium, fast alle Bezirksverordneten und an die 15.000 Bürger nahmen daran teil. Sie sangen „Ich hatt' einen Kameraden“ und „Der Gott, der Eisen wachsen ließ“, das Horst-Wessel-Lied und die Nationalhymne.



Aus: Der Westen vom 27. Mai 1933

In lautsprecherverstärkten Weihereden des Pfarrers und zweier NSDAP-Mitglieder wurde der Wunsch geäußert, dass „Schlageters Geist ewig in den Herzen aller Deutschen leben“ möge. Glockengeläut, Beflagung und zahlreiche Kerzen in den Fenstern rundeten den Festakt ab. Abschluss von Berlins größter Schlageter-Feier war der Fackelzug zum Adolf-Hitler-Platz (heute: Theodor-Heuss-Platz), vorbei an der Wohnung des Propagandaministers.

Schlageters Geist

Leo Schlageters (* 1894) Lebenslauf, soweit für seinen „Geist“ von Bedeutung: Kriegsfreiwilliger; dann Freikorpsmitglied im Baltikum und in Oberschlesien; unterstützte den Kapp-Putsch 1920 in Breslau und bekämpfte im Ruhrgebiet den Widerstand dagegen; 1922 Gründungsmitglied der Großdeutschen Arbeiterpartei, Tarnorganisation der damals in Preußen verbotenen NSDAP; Teilnahme am Widerstand gegen die französische Besetzung des Ruhrgebiets 1923 mit Sprengstoffanschlägen; wegen Spionage und Sabotage von der französischen Besetzung zum Tode verurteilt; lehnte ein Gnadengesuch ab; hingerichtet am 26.5.1923.

Danach erhob sich reichsweit allseits Protest; auf der Rechten begann ein Schlageter-Kult, der mit Machtantritt der NSDAP flächendeckend zu gut 100 Gedenkstätten und unzähligen Namenspatenschaften führte. Die NSDAP-Propaganda machte ihn posthum zum Helden und Märtyrer und stellte ihn besonders der Hitler-Jugend als leuchtendes Vorbild hin: als jemanden, der sein Leben für Deutschland opferte und so zum „ersten Soldaten des Dritten Reiches“ wurde. Das sollte eine positive Einstellung zum zukünftigen Krieg schaffen.



Aktuelle Beschriftung
Foto: Michael Roeder

Vom Schlageter-Denkmal zum „Findling mit Dorfaue-Gedenktafel“

Nach Weltkrieg und Drittem Reich war kein Bedarf an Kriegsverherrlichung mehr. Man brauchte eine neue Idee für die Weiterverwendung und fand sie in „Alt-Wilmersdorf“. Die auf der Gedenktafel angedeutete Idylle hatte es allerdings für die Landbevölkerung nie gegeben. Und das Ereignis, das Bezirksbürgermeister W. Dumstrey bei der Einweihung am 20.8.1956 als historischen Aufhänger nutzte, um an ein kleines Dorf zu erinnern, war ausgerechnet der 50. Jahrestag der Erhebung von Wilmersdorf zur Stadt, womit schon 14 Jahre später Schluss war, als Wilmersdorf ein Bezirk von Groß-Berlin wurde.

Insgesamt wirkt das alles konstruiert, um die Leerstelle auf dem Stein zu füllen. Und dennoch haben die Gedenktafeln von 1933 und 1956 Parallelen, denn beide zeigen einen deutlichen Mangel an Wahrheit und sind ausgesprochen ideologisch: Die Tafel von 1933, als Teil des Schlageter-Kults, täuschte vor, dass Soldatsein höchst erstrebenswert sei; die Tafel von 1956 versetzte den Betrachter in die angeblich ‚heile Welt‘ einer ‚guten alten Zeit‘ und vertuschte die Tatsache, dass der Krieg mit seinen noch allenthalben spürbaren Folgen auch mithilfe dieses Steins propagandistisch vorbereitet worden war. So wie man 1933 hier nicht an das Grauen eines zukünftigen Krieges denken sollte, so sollte man 1956 hier nicht an die Ursachen des kürzlich beendeten Grauens denken.

Informationstafel

Denkmäler sind politische Symbole. Das gilt auch für das „Dorfaue“-Denkmal mit seiner Verdrängung der NS-Geschichte. Eine Informationstafel soll Anwohnern und Passanten diese Entstehungsgeschichte vor Augen führen. Folgender Text lag der Gedenktafelkommission von Charlottenburg-Wilmersdorf vor, wurde aber nicht diskutiert:

Findling aus dem Bayerischen Wald
 1933 errichtet für Leo Schlageter (1894-1923),
 militanter Gegner der Demokratie
 Von der NS-Propaganda zum Märtyrer und
 „ersten Soldaten des Dritten Reiches“ gemacht
 Ideologische Vorbereitung auf den Zweiten Weltkrieg
 1956 inmitten des kriegszerstörten Wilmersdorf
 umgewidmet zum Dorfaue-Gedenkstein
 für eine scheinbar heile Welt in der guten alten Zeit
 Statt Mahnmal gegen Krieg –
 Verdrängung der NS-Geschichte

Am 28. März in der Gedenktafelkommission

Stattdessen hagelte es grundsätzliche Bedenken vonseiten der Kommissionsmitglieder:

– „Es gibt Wichtigeres!“ – Dieser Einwurf stellt zwar die Richtigkeit der Informationstafel nicht in Frage, macht aber die eigene Meinung zum Maßstab dafür, was anderen wichtig sein darf. Gespräche mit Anwohnern und Passanten vor Ort zeigten gerade deren Interesse an mehr Information. Das kann einen doch nur freuen und verdient, befriedigt zu werden.

– „Wir müssen erst unseren Umgang mit Erinnerungskultur aufarbeiten!“ – Dies gehört natürlich auf die Tagesordnung einer Gedenktafelkommission. Aber soll sie deshalb vorerst aufhören, sich mit ihren Tagesaufgaben zu beschäftigen? Beides sollte daher nebeneinander Bestandteil der Kommissionsarbeit sein. Im Übrigen wurde bei den folgenden Themen der Sitzung dieser Gedanke nicht wiederholt.

– „Sollen wir etwa überall solche Tafeln aufstellen?“ – Informationstafeln verschaffen Anwohnern und Passanten Einblick und Verständnis in die Entstehung ihres Lebensumfeldes. Wo jedoch im Einzelnen solche Tafeln aufgestellt werden, hängt in erster Linie von der Initiative der Bürger ab. Jede solche Initiative, die Geschichte des eigenen Umfeldes transparenter zu machen, verdient unbedingt Unterstützung.

– „Und dann wird der Stein zum Wallfahrtsort von Neonazis!“ – Damit kann man jegliche öffentliche Auseinandersetzung mit der Geschichte verhindern, beispielsweise die Stele vor der ehemaligen „Führerschule der Sicherheitspolizei“ am Charlottenburger Schloss, man müsste die Wannsevilla abreißen und die Informationstafeln am ehemaligen Bunker der Reichskanzlei. Aufklärung und historisch-politische Bildung sind der beste Weg, den Ewiggestrigen entgegenzuwirken, Verschweigen dagegen schafft Platz für gefährliche Mythen. Jede Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus „erinnert“ irgendwie an diesen und müsste dann folglich unterbleiben.

Zwei Gäste, eine Historikerin, seit Jahren in der Gedenktafelkommission von Friedrichshain-Kreuzberg tätig, und ein Historiker, der in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand arbeitet, verhinderten das erneute** sofortige Ende der Initiative. Die Kommission beschloss stattdessen, die Informationstafel für Anwohner und Passanten im Format Din A 5 auf einen ungewissen Hürdenlauf durch fünf Gremien zu schicken: eine BVV-Fraktion, dann Kulturausschuss, wieder Gedenktafelkommission, BVV, Bezirksamt ...

* Wilmersdorfer Anzeiger, 27.5.1933, S. 1; Der Westen. Berliner Tageszeitung, 27.5.1933, Beilage

** Mitteilung der Gedenktafelkommission vom 18.2.2019: „Wir haben Ihren Antrag in der Sitzung der Gedenktafelkommission [am 29.1.] besprochen und sind zu der Auffassung gelangt, ihn nicht weiter zu behandeln.“

Leo Schlageter und die Erinnerungskultur. Zur Auseinandersetzung um einen Gedenkstein in der Wilhelmsaue

Peter Lassau

Ein Meisterstück nationalsozialistischer Propaganda war die Initiierung eines regelrechten 'Schlageter-Kults' - nachdem französische Besatzungstruppen des Ruhrgebiets Leo Schlageter hingerichtet hatten. Was machte diesen katholischen Bauernsohn aus dem Schwarzwald zu einem so hervorragenden Propagandainstrument?

Die Weimarer Republik hatte sich außerstande gesehen, die durch den Versailler Vertrag geforderten Reparationsleistungen zu erbringen. Anfang des Jahres 1923 besetzten deshalb französische und belgische Truppen das Ruhrgebiet, um sich an den Erzeugnissen des deutschen Industriezentrums schadlos zu halten, was in Deutschland auf breiten Widerstand stieß.

Am wirkungsvollsten war der passive Widerstand, von den Gewerkschaften organisiert. Am spektakulärsten war jedoch der aktive Widerstand durch Sabotageaktionen, Überfälle und bewaffneten Kampf, wie er auch von linken Gruppierungen geführt wurde. Diese offene Form des Widerstandes war aber schwerpunktmäßig die Sache von Freikorpsgruppen – insgeheim soweit wie möglich unterstützt vom Reichswehrministerium und von deutschen Polizeidienststellen. Dass die Verhaftung Schlageters und seine Hinrichtung Empörung und Wut in allen Bevölkerungsschichten und politischen Lagern auslöste, ist nicht überraschend.

Er war katholisch, legte als eines von elf Kindern einer Bauernfamilie in Freiburg das Abitur ab, ließ sich zum Theologiestudium in der Freiburger Universität eintragen und als Kriegsfreiwilliger 'K' schreiben. Bei der Überführung seines Leichnams nach Schönau, seinem Heimatort, erschien die Professorenschaft der Freiburger Universität in vollem Ornat. Katholische Burschenschaftler und Abordnungen seiner Schule erwiesen ihm die Ehre. Für das „Zentrum“ war er ein katholischer Nationalheld. Martin Heidegger bewunderte Schlageters "Härte des Willens" und die "Klarheit des Herzens".

Für die Nationalsozialisten wurde Leo Schlageter damit zum perfekten Werbeträger: verehrt, allseits anerkannt, ein nationaler Held, ein Märtyrer und einer der ihren, ein „Blutzeuge“ der Bewegung. Schlageter war als „vorbildlicher Freiheits- und Widerstandskämpfer“ hervorragend geeignet, um das konservative Bürgertum, das katholische Milieu, die Burschenschaften zu gewinnen.



Foto: Michael Roeder

Beeindruckt von ihm waren auch Kommunisten. Karl Radek, Vertrauter Lenins, SPD-Mitglied von 1909 bis 1910, bewunderte seinen Mut und seine Tatkraft, nannte ihn aber einen „Wanderer ins Nichts“, wenn „die große Mehrheit der national empfindenden Massen“ nicht gemeinsamen mit den kommunistischen Arbeitern gegen das Kapital kämpfen wolle. Ein Trugschluss, wie sich erwies. Der Weg dieses Mannes führte keineswegs ins Nichts, sondern gewann für den nationalsozialistischen Erfolg große Bedeutung.

„Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch.“ So Bertolt Brechts Fazit am Ende seines Dramas „Der aufhaltsame Aufstieg des Arturo Ui“. Im 21.

Jahrhundert erhält dieser Satz eine ungeahnte Aktualität – und Aktualität

gewinnt erneut die Vereinnahmung Schlageters durch verschiedene rechte Gruppierungen. „Der III. Weg“, „die Rechte“, „Junge Alternative“, „Junge Nationalisten“, „Ring nationaler Frauen“, die Rechtsrockgruppe „Blutzeugen“ z.B. würden mit Sicherheit eine Erinnerung an Schlageter sehr begrüßen, wie ihre Internetseiten ausweisen. In der „blauen Narzisse“, einer Publikation der neuen Rechten, liefert Manuel Ionas dafür das entsprechende Geschichtsbild. Da ist Schlageter ein aufrechter, idealistischer deutscher Freiheitskämpfer in einer Reihe von Helden wie Arminius, Luther und Stauffenberg.

Seine Eignung als Propagandainstrument für Menschen mit rechter Gesinnung und antidemokratischen Zielen hat Schlageter in keiner Weise eingebüßt. Im Vergleich zu fast allen NS-Größen scheint er moralisch integer, Antisemitismus kann man ihm nicht vorwerfen, er ist fromm und bodenständig. Adolf Hitler hatte er nicht kennen gelernt.

Wir wären mit dem Klammerbeutel gepudert, wenn wir einer Figur, die sich so hervorragend für rechte Propaganda eignet, irgendeine Aufmerksamkeit schenken würden.

Die meisten der ca. 100 existierenden Schlageter-Denkmäler sind übrigens nach und nach zunächst von den Alliierten und schließlich von deutschen Behörden zerstört oder umgewidmet worden. Im 20. Jahrhundert waren die Fronten offenbar noch klarer.

Mir erschließt sich nicht, inwieweit die Lösung, die 1956 gefunden wurde, ‚ideologisch‘ ist. Die Inschrift beschreibt schlichte Fakten. Wenn im Kopf manchen Betrachters daraus ein verloren gegangenes Idyll wird, muss das nicht an diesem Text liegen.

Ist eine Erklärungstafel für den Findling in der Wilmersdorfer Wilhelmsaue nötig?

Jürgen Karwelat

Seit mehr als zwei Jahren fordert Dr. Michael Röder, der auch durch andere Aktivitäten im Hinblick auf die Wilmersdorfer Geschichte bekannt ist (u.a. Gedenktafel für einen ermordeten Deserteur Uhlandstraße/Ecke Berliner Straße; Zwangsarbeiterlager Wilhelmsaue 40), eine Erklärungstafel für den Findling in der Wilhelmsaue zu installieren. Hierbei handelt es sich um einen Findling, den die Nationalsozialisten am 26. Mai 1933 zu Ehren des wegen Spionage und Sabotage 10 Jahre zuvor von der französischen Besatzungsmacht hingerichteten Albert Leo Schlageter errichtet hatten. Die Widmungstafel für Schlageter wurde 1945 entfernt. Eine im Jahr 1956 durch das Bezirksamt angebrachte Tafel weist darauf hin, dass sich an dieser Stelle um 1750 die Dorfaue mit Bauerngehöften befand.

Michael Röder ist der Ansicht, dass durch den Text von 1956 die Geschichte des Steins verschleiert wird. Er wünscht deshalb einen erklärenden Text über die Aufstellung des Steins durch die Nationalsozialisten. Mit dem Erläuterungstext möchte Röder außerdem Kritik an dem 1956 handelnden Bezirksamt äußern, das nach seiner Auffassung damals den Stein hätte umwidmen müssen in ein Mahnmal gegen den Krieg.

Mir drängt sich die Forderung nach Erläuterung der Nazigeschichte dieses Steins nicht so auf, dass eine Erläuterung am Stein selbst notwendig ist. Die gesamte Geschichte des Steins ist nicht unbekannt. Sie kann auch auf den Seiten des Bezirksamts Charlottenburg-Wilmersdorf unter dem Stichwort „Gedenktafeln“ nachgelesen werden, einschließlich dem Verweis auf einen Artikel von Michael Röder zu diesem Thema.

Warum sollte die Geschichte des Steins an Ort und Stelle erklärt werden? Ich denke, dass eine solche Erklärung sich nicht aufdrängt, wie an anderen Stellen, an denen die Nationalsozialisten der Stadt ihren ideologischen Stempel aufgedrückt haben. Bei Erklärungen von bedeutenden Bauwerken wie etwa der Siegestsäule, Verwaltungsgebäuden oder des Brandenburger Tores muss natürlich die gesamte Geschichte des Bauwerks einschließlich der Zeit des „Dritten Reiches“ erläutert werden. Dasselbe gilt für eindeutig als nationalsozialistisch geprägte erkennbare Kunstwerke wie z.B. die Skulpturen um das Olympiastadion.

Der neutral aussehende Findling in der Wilhelmsaue ist an sich nicht als ein aus der Nazizeit stammendes Denkmal erkennbar. Eine Kommentierung drängt sich deshalb nicht auf. Aber: Mit der Erläuterung vor Ort käme der Name des von den Nazis verherrlichten Schlageter praktisch an den Ort zurück. In gewisser Weise würden wir die Widmung zurückholen, wenn wir nun am Stein selbst eine Kennzeichnung vornehmen.

Daher: Keine Kommentierung am Stein selbst, aber Aufklärung an anderen Stellen wie in Büchern, auf Internetseiten etc.

Brauchen wir in Tempelhof-Schöneberg eine bezirkliche Gedenktafelkommission? Anmerkungen zum vorliegenden Entwurf einer Geschäftsordnung.

Andreas Bräutigam

Bezirkliche Gedenktafelkommissionen sind an sich nichts Neues. Die Bezirke Charlottenburg, Pankow sowie Friedrichshain-Kreuzberg haben jeweils eine. Nun gibt es auch im Tempelhof-Schöneberg Bestrebungen, eine solche einzurichten. Ausgangspunkt dafür war 2017 die Diskussion im bezirklichen Kulturausschuss um den Text einer von der BVV bereits 2016 beschlossenen Gedenktafel für Dr. Kurt Gudell.

„Dr. Kurt Gudell (03.10.1898 - 19.08.1964), Wirtschaftsjurist und Mitglied der Deutschen Volkspartei, war von Dezember 1934 bis Februar 1935 wegen des Verdachts homosexueller Handlungen im KZ Lichtburg in Haft. Im März 1936 wurde er erneut verhaftet und Ende 1937 durch das Landgericht Berlin zu vier Monaten Gefängnis nach § 175 StGB verurteilt. Es folgten die Aberkennung des Dokortitels, der Entzug der Staatsbürgerschaft (1940) und die Konfiszierung seines Eigentums. Ab dem Jahr 1952 lebte er in Berlin, kämpfte um seine Anerkennung als NS-Opfer und um Wiedergutmachung und seine Rehabilitation (Urteilsaufhebung; Wiedererlangung der Doktorwürde) und Entschädigung (für Haft, Flucht, Eigentumsverlust, Gesundheitsschäden). Er lebte von Sozialhilfe, erlebte Nervenzusammenbrüche und kämpfte doch unermüdlich weiter: 1954 erfuhr er die Anerkennung als politisch Verfolgter, ab 1955 erhielt er Entschädigungszahlungen, 1956 gelang ihm die Wiedererlangung des Dokortitels.

Der unermüdliche Kampf von Dr. Kurt Gudell um Wiedergutmachung für erlittenes NS-Unrecht und persönliche Rehabilitierung ist außergewöhnlich und steht trotzdem exemplarisch für eine Vielzahl von Rosa-Winkel-Häftlingen, die unter der ausbleibenden Anerkennung gelitten haben. Dr. Gudell stritt beharrlich mit Gerichten und vor allem mit dem Berliner Entschädigungsamt, welches seinen Sitz in der Potsdamer Straße 186 hatte. Er wandte sich an Oberbürgermeister, Parteienvertreter, Organisationen der NS-Verfolgten wie auch an Schweizer Organisationen, um Gerechtigkeit zu erlangen. Und das alles trotz erheblicher Gesundheitsschäden, trotz des Vorwurfs, er sei ein notorischer Querulant und Psychopath, und trotz seiner finanziellen Notlage als Arbeitsloser – weil er aufgrund der NS-Strafe und verweigerter Rehabilitierung

keine Arbeit als Jurist finden konnte. Und: Er hatte kurz vor Eintritt ins Rentenalter schließlich Erfolg, auch das ist einzigartig in Berlin.“¹

An die bezirkliche Kulturverwaltung erging der Auftrag, einen Text für die Gedenktafel zu entwerfen und im Kulturausschuss vorzustellen.² Bei der Vorstellung des knappen, sachlichen Textentwurfes in der Kulturausschuss-Sitzung vom 05.10.2017 kam es zu einer intensiven gestalterischen Diskussion und in der Folge zu einem geänderten, etwas längerem und mehr empathischem Textvorschlag der SPD und der LINKEN, der in der Sitzung am 07.12.2017 eingebracht und einstimmig beschlossen wurde. Da sich die Kosten der Gestaltung der Gedenktafel nach den Zeichenanzahl richtet, wurde der Text zur Prüfung, an das Bezirksamt durch den Ausschussvorsitzenden weitergeleitet.³

Abgeschlossen war der Vorgang damit noch nicht. Es ergab sich im Ausschuss aber prinzipiell die Überlegung, eine Gedenktafelkommission einzurichten, um dem Ausschuss Arbeit zu ersparen und Gedenktafelvorgänge zu beschleunigen. Die Gedenktafelkommission soll eine ständige Einrichtung sein und sich als beratendes Gremium für BVV und Bezirksamt verstehen. Sie soll neue Vorschläge für Gedenktafeln zur Ehrung von Persönlichkeiten, Ereignissen und Bauten prüfen und beraten und sich mit dem Erhalt vorhandener Gedenktafeln befassen.

Im September 2018 lag dann ein erster Entwurf einer Geschäftsordnung für eine bezirkliche Gedenktafelkommission seitens der Kulturverwaltung vor, der in der Kulturausschuss-Sitzung am 1. November 2018 diskutiert wurde. Daraus folgte eine Änderungssynopse⁴ und schließlich eine finale Fassung des Bezirksamtes als Beschlussempfehlung für die BVV.⁵

Nun ist gegen die Einrichtung einer Gedenktafelkommission prinzipiell nichts einzuwenden. Die oben genannten Nachbarbezirke verfügen über entsprechende Kommissionen und Bekannte, die mit der Thematik in diesen Bezirken befasst sind, berichten Positives von deren Arbeit.

¹ Antrag der CDU-Fraktion: Erinnerung an Dr. Kurt Gudell prüfen. Drucksache Nr. 1758/XIX der BVV Tempelhof-Schöneberg in Berlin vom 19.07.2016.

² Antrag der CDU-Fraktion: Erinnerung an Dr. Kurt Gudell vorantreiben. Drucksache Nr. 0184/XX BVV Tempelhof-Schöneberg in Berlin vom 28.03.2017.

³ Protokoll der 10. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bibliotheken, Bildung und Kultur vom 07.12.2017.

⁴ Synopse zur Geschäftsordnung für eine Gedenktafelkommission in Tempelhof-Schöneberg - Stand: 22.11.2018.

⁵ Vorlage zur Beschlussfassung Bezirksamt: Geschäftsordnung für eine Gedenktafelkommission für den Bezirk Tempelhof-Schöneberg (Fassung vom 25.02.2019). Drucksache-Nr.: 1099/XX der BVV Tempelhof-Schöneberg in Berlin vom 12.03.2019.

Die Entscheidung für Tempelhof-Schöneberg ist noch nicht getroffen. Daher ist es sinnvoll, den vorliegenden Geschäftsordnungs-Entwurf näher zu betrachten und mit denen der Nachbarbezirke zu vergleichen.

Fachkommission / Vorsitz und Geschäftsführung / Sitzungen / Beschlussfassung / Zuständigkeiten

Dort heißt es:

„Die Gedenktafelkommission ist eine ständige Einrichtung und versteht sich als beratendes Gremium für BVV und Bezirksamt. Die Kommission prüft und berät neue Vorschläge für Gedenktafeln zur Ehrung von Persönlichkeiten, Ereignissen und Bauten und befasst sich mit dem Erhalt vorhandener Gedenktafeln. Die Ergebnisse der Kommissionsarbeit werden jährlich einmal im Fachausschuss der Bezirksverordnetenversammlung für Bibliotheken, Bildung und Kultur vorgestellt.

Der Vorsitz wird durch den/die Stadtrat/-rätin für Kultur wahrgenommen. Die Geschäftsführung der Kommission obliegt dem Fachbereich Kunst, Kultur, Museen und umfasst die Vorbereitung, Begleitung und Nachbereitung der Sitzungen.

Die Kommission tagt entsprechend der Menge an Anträgen maximal vierteljährlich, mindestens jedoch halbjährlich. Termine sind in der vorhergehenden Sitzung abzustimmen bzw. in einer Jahresplanung festzulegen. Die Einladungen zu den Sitzungen werden mind. 10 Tage vor dem Termin versandt. Die Tagesordnung wird von der Geschäftsführung in Absprache mit dem Vorsitz und den Mitgliedern festgelegt. Die Sitzungen sind grundsätzlich öffentlich. Einwohnerinnen und Einwohner, die einen Vorschlag eingereicht haben, werden eingeladen und erhalten zur Begründung ihrer Initiative und bei den weiteren Erörterungen das Wort.

Die Kommission ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der Mitglieder anwesend ist. Die Kommission ist angehalten, bei Entscheidungen Konsens herzustellen. Bei Abstimmungen gelten die Regelungen der Geschäftsordnung der Bezirksverordnetenversammlung.“

Diese Regelungen sind mit denen der andere Bezirke vergleichbar.

Zusammensetzung

Einige Unterschiede finden sich hinsichtlich der vorgesehenen Zusammensetzung (vgl. Tabelle 1)

Tabelle 1: Die Zusammensetzung der existierenden Gedenktafelkommissionen der Bezirke Charlottenburg, Pankow, Friedrichshain-Kreuzberg und der geplanten Gedenktafelkommission Tempelhof-Schöneberg lt. Geschäftsordnungen im Vergleich

Bezirk	Charlottenburg ⁶	Pankow ⁷	Friedrichshain-Kreuzberg ⁸	Tempelhof-Schöneberg (geplant)
Mitglieder aus BVV/Ausschüsse mit Stimmrecht	Mitglieder der BVV, die auf Vorschlag der Fraktionen benannt werden. (derzeit 7 bei 6 Fraktionen)	Je ein Mitglied aus den Fraktionen bzw. der Gruppen der BVV	Je ein Vertreter (Bezirksverordnete oder Bürgerdeputierte) aus den Fraktionen und Gruppen der BVV	Je ein Vertreter aus den Fraktionen und Gruppen der Bezirksversammlung
Mitglieder aus der Bezirksverwaltung mit Stimmrecht	<ul style="list-style-type: none"> Leiter/in des Fachbereichs Kultur 	<ul style="list-style-type: none"> Die/Der für Kultur zuständige Bezirksstadträtin/rat (Vorsitz) Leiter/in des Fachbereichs Museum /Bezirkliche Geschichtsarbeit 	<ul style="list-style-type: none"> Das für Bezirksgeschichte zuständige Bezirksamtsmitglied (Vorsitz), Leiter/in des Fachbereiches Kultur und Geschichte 	<ul style="list-style-type: none"> 1 Bezirksbürgermeister*in 1 zuständige*r Mitarbeiter*in aus dem Bereich der Bezirksbürgermeister*in 1 Bezirksstadtrat/-rätin für Kultur 1 Bezirksstadtrat/rätin für Straßen und Grünflächen 1 Leiter*in Fachbereich Kunst, Kultur, Museen

⁶ Vgl. Gedenktafelkommission Charlottenburg-Wilmersdorf: <https://www.berlin.de/ba-charlottenburg-wilmersdorf/politik/bezirksverordnetenversammlung/gedenktafelkommission/>

⁷ Vgl. Geschäftsordnung der Gedenktafelkommission Pankow vom 19.Juni 2007. Gedenktafelkommission Pankow: <https://www.berlin.de/ba-pankow/politik-und-verwaltung/gremien/beiraete/gedenktafelkommission-437324.php>

⁸ Vgl. Geschäftsordnung der Gedenktafelkommission des Bezirks Friedrichshain-Kreuzberg (Januar 2015). Die Gedenktafelkommission des Bezirks Friedrichshain-Kreuzberg: <https://www.fhxb-museum.de/index.php?id=19>

Bezirk	Charlottenburg ⁶	Pankow ⁷	Friedrichshain-Kreuzberg ⁸	Tempelhof-Schöneberg (geplant)
				<ul style="list-style-type: none"> • 1 Leiter*in Straßen- und Grünflächenamt
Sonstige Mitglieder mit Stimmrecht	Zwei Personen, die von den beiden Heimatvereinen im Bezirk benannt werden	Mehrere Sachverständige (derzeit 5)	5 interessierte und kompetente Personen aus der Fachöffentlichkeit (z.B. Opfergruppen, GDW)	<ul style="list-style-type: none"> • 1 Vertreter*in für den Bereich Gedenkstätten • 1 Vertreter*in für den Bereich Stadtgeschichte • 1 Vertreter*in für den Bereich öffentliche Erinnerung und Gedenken
Berater*innen ohne Stimmrecht / Gäste	<p>Die GTK ist ermächtigt, anlassbezogen weitere sachkundige und/oder interessierte Bürgerinnen und Bürger (z.B. Denkmalpflege, Jüdische Gemeinde, Hochschule) hinzu zu ziehen.</p> <p>Einwohnerinnen und Einwohner, die eine Anregung gegeben haben, werden eingeladen und erhalten zur Begründung ihrer Initiative und bei den weiteren Erörterungen das Wort.</p>	Auf Vorschlag des Fachbereichs Museum/Bezirkliche Geschichtsarbeit im konkreten Einzelfall interessierte und kompetente Personen und Institutionen	Auf Vorschlag des Fachbereichs Kultur und Geschichte von Fall zu Fall weitere Personen als Berater*innen	Einwohnerinnen und Einwohner, die einen Vorschlag eingereicht haben, werden eingeladen und erhalten zur Begründung ihrer Initiative und bei der weiteren Erörterungen das Wort.
Grundsätzliches	Die Kommission sollte paritätisch mit Frauen und			

Bezirk	Charlottenburg ⁶	Pankow ⁷	Friedrichshain-Kreuzberg ⁸	Tempelhof-Schöneberg (geplant)
	Männern besetzt werden.			

„Die Mitglieder benennen Stellvertreter*innen und werden für eine Wahlperiode durch Herbeiführung eines Bezirksamtsbeschlusses berufen. Die Kommission arbeitet ehrenamtlich. Die Teilnahme von Mitarbeiter*innen des Bezirksamtes erfolgt im Rahmen der Diensttätigkeit.“

Auffällig ist, dass sich die Tempelhof-Schöneberger Kommission sechs stimmberechtigte Mitglieder des Bezirksamts aus drei Fachbereichen leisten will. Gegenüber der Situation in den anderen genannten Bezirken, die lediglich ein (Charlottenburg) bis zwei Personen (Friedrichshain-Kreuzberg, Pankow) aus der Verwaltung in ihre Kommission schicken, ist das Tempelhof-Schöneberger Bezirksamt hier stark überrepräsentiert. Damit ist die Gefahr verbunden, dass Gedenktafelentscheidungen künftig zu sehr unter der Dominanz verwaltungstechnischer Sachzwänge diskutiert und vorentschieden werden und politische Aspekte und Argumente systematisch in den Hintergrund treten. In die BVV könnten damit entsprechend vorgefilterte Anträge zur Entscheidung kommen, ohne dass dieses so richtig auffällt.

Indes scheint es auch fragwürdig, ob denn die Stimmen der nachgeordneten Bezirksamts-Beschäftigten gegenüber ihren vorgesetzten Bezirksstadträten wirklich unabhängig sind. Es würde ausreichen, wenn nur die Stadträte und die Bürgermeisterin in der Kommission stimmberechtigt wären.

Bei den Vertretern aus den Fraktionen und Gruppen der BVV sollte - analog wie in Friedrichshain-Kreuzberg - in der Geschäftsordnung verankert werden, dass es sich um Bezirksverordnete oder Bürgerdeputierte handeln kann.

Bei den genannten stimmberechtigten Vertretern aus den Bereichen Gedenkstätten, Stadtgeschichte, öffentliche Erinnerung und Gedenken ist unklar, wie diese benannt werden. Hier sollte klargestellt werden, dass sowohl die BVV als auch das Bezirksamt ein Vorschlagsrecht haben.

Völlig unverständlich aber ist, warum die Mitglieder der Kommission „durch Herbeiführung eines Bezirksamtsbeschlusses berufen“ werden sollten. Das sollte eher durch einen demokratischen Beschluss der BVV und damit außerhalb der Verwaltung erfolgen.

Auch könnte – wie in Charlottenburg – die Kommission paritätisch mit Frauen und Männern besetzt werden.

Aufgaben

Die im Entwurf der Geschäftsordnung genannten Aufgaben für die Gedenktafelkommission in Tempelhof-Schöneberg orientieren sich an den Regelungen der anderen Bezirke, sind zum Teil konzentrierter zusammengestellt.

Tabelle 2: Die Aufgaben der existierenden Gedenktafelkommissionen der Bezirke Charlottenburg, Pankow, Friedrichshain-Kreuzberg und der geplanten Gedenktafelkommission Tempelhof-Schöneberg lt. Geschäftsordnungen im Vergleich

Charlottenburg	Pankow	Friedrichshain-Kreuzberg	Tempelhof-Schöneberg (geplant)
<p>Im Jahr 2004 wurde durch Beschluss der Bezirksverordnetenversammlung (Drucksache 0998/2) eine Gedenktafelkommission gegründet und die Zusammensetzung im Herbst 2005 konkretisiert (Drucksache 1455/2). In der laufenden Wahlperiode erfolgte eine organisatorische Zuordnung zum Ausschuss für Weiterbildung und Kultur; die Aufgaben werden mit Unterstützung des Büros der Bezirksverordnetenversammlung wahrgenommen (Drucksache 0184/4). Die Kommission arbeitet ehrenamtlich. Die Sitzungen sind</p>	<ul style="list-style-type: none"> •Pflege der vorhandenen Gedenktafeln •Erfassung von neuen Vorschlägen •Prüfung historischer Fakten in Text- und Gestaltungsausführungen •Beratung und Aufbereitung der Gedenkvorhaben für die BVV •Klärung der Finanzierung •Begleitung der Maßnahmen zur Anbringung bzw. Aufstellung •Gedenktafelprogramm 	<ul style="list-style-type: none"> •Bestandspflege der vorhandenen Gedenktafeln, •Erfassung von neuen Vorschlägen •Beauftragung des Fachbereichs „Kultur und Geschichte“ bzw. von Sachverständigen mit der Prüfung historischer Fakten in Text- und Gestaltungsausführungen •Beratung von Gedenkvorhaben, Aufbereitung der Vorhaben für die BVV •Klärung der Finanzierung •Begleitung der Maßnahmen zur Anbringung bzw. Aufstellung 	<ul style="list-style-type: none"> •Erfassung von neuen Vorschlägen und Prüfung auf Bedeutsamkeit •Beratung von Gedenkvorhaben, Aufbereiten der Vorhaben für die BVV •Vorschlag zur Beauftragung des Fachbereichs Kunst, Kultur, Museen bzw. von Sachverständigen mit Prüfung historischer Fakten sowie Verfassen von Textentwürfen •Vorschlag zur Beauftragung und Beratung der Gestaltungsausführung •Erarbeitung eines Gedenktafelprogramms für die erfolgreiche Umsetzung der Vorhaben •Klärung der Finanzierung (Kostenvarianten) •Begleitung der Anbringung bzw. Aufstellung •Erarbeitung eines Vorschlags für Standardgedenktafeln •Befassen mit Vorgaben und Anregungen aus der Bezirksverordnetenver-

Charlottenburg	Pankow	Friedrichshain-Kreuzberg	Tempelhof-Schöneberg (geplant)
grundsätzlich öffentlich (Drucksache 1311/4).			sammlung (BVV-Beschluss), dem Bezirksamt (BA-Beschluss) und von dritter Seite •Verfassen der Textvorschläge für die Beratung im Kulturausschuss

Obwohl die Aufgaben der Kommission recht ausführlich und eindeutig benannt sind, wird nicht so recht deutlich, wie genau die Arbeit der Kommission in das parlamentarisch-verwaltungstechnische Prozedere des Bezirkes eingebunden ist? Wie erfolgt das Zusammenspiel von Gedenktafelkommission, Kulturausschuss, BVV und Bezirksamt?

Beratung kann ja nur Entscheidungsvorbereitung bedeuten. Wie und wann werden die Vorarbeiten der Kommission der BVV zur Entscheidung vorgelegt? Welche Rolle spielt dann noch der Kulturausschuss, der ja – so habe ich es als Bürgerdeputierter immer verstanden – bereits das Fachberatungsgremium sein soll?

Ein jährlicher Bericht an den Kulturausschuss durch die Gedenktafelkommission erscheint da entschieden zu wenig. Welchen Weg nehmen Gedenktafelvorschläge im Bezirk künftig?

Ist die Kommission zwingend in alle derartigen Vorgänge einzubinden? In den Geschäftsordnungen der Gedenktafelkommissionen von Pankow, Friedrichshain-Kreuzberg ist hierzu jeweils ein eigenes Kapitel „Verfahren“ verankert. Etwas Analoges fehlt im vorliegenden Entwurf!

Bei den vorgesehenen maximal vierteljährlichen, mindestens jedoch halbjährlichen Kommissionssitzungen lassen sich tendenziell noch längere Umsetzungszeiten zwischen Vorschlag und Umsetzung für Gedenktafeln prognostizieren als jetzt schon üblich.

Alle in der Geschäftsordnung genannten Aufgaben werden entweder schon in den vorhandenen Gremien wahrgenommen oder könnten, soweit noch nicht mit Konsequenz verfolgt (zum Beispiel Gedenktafelprogramm und das Nachhalten von beschlossenen Vorhaben), im Kulturausschuss in Verbindung mit dem Fachbereich Kunst, Kultur, Museen und den anderen zuständigen Teilen der Bezirksverwaltung wahrgenommen und umgesetzt werden. Ob es mit einer Gedenktafelkommission da besser läuft, ist zumindest fraglich

Aber es gibt natürlich auch positive Aspekte.

Es ist gut, Zuständigkeiten schriftlich festzulegen, wenn auch die Regelung in einem Geschäftsverteilungsplan der Bezirksverwaltung vielleicht richtiger aufgehoben wäre, als in der Geschäftsordnung eines nachgeordneten, gemeinsamen Gremiums von BVV und Bezirksverwaltung:

„Für die Realisierung einer neuen Gedenktafel liegt die Organisation, Gestaltung und Finanzierung bei der Bezirksbürgermeisterei.

Die Bezirksbürgermeisterei klärt, ob die/der Eigentümer*in der Anbringung einer Gedenktafel zustimmt.

Für den Erhalt und die Pflege von Gedenktafeln (außer Kompletterneuerung) ist das Straßen- und Grünflächenamt zuständig.

Die Auftragserteilung erfolgt durch die Bezirksbürgermeisterei.

Die Einladung zur Anbringung von Gedenktafeln erfolgt durch das Bezirksbürgermeisterbüro in Abstimmung mit den Bezirksstadträt*innen.

Für die Erfassung und Verzeichnung des Bestandes ab 2019 ist die Abt. Bildung, Kultur und Soziales zuständig.“

Als positiv ist die eindeutige Festlegung von Verantwortlichkeiten für die Finanzierung neuer Vorhaben, den Erhalt und Pflege von Gedenktafeln, das Einweihungsprozedere und das Nachhalten von Gedenktafelbeschlüssen (Gedenktafelprogramm) überhaupt zu werten.

Ebenso positiv zu werten:

Mit der Einrichtung einer Gedenktafelkommission existiert eine fester Ansprechpartner für Initiativen aus der Bevölkerung. Bürger sind mit ihrem Anliegen nicht darauf angewiesen, dass sie erst eine in der BVV vertretene Fraktion oder Gruppe finden müssen, die sich ihres Anliegens annimmt.

Auf Grund der oben skizzierten Bedenken, dass sich die angedachte Kommissionszusammensetzung nachhaltig negativ für die demokratische Willensbildung im Bezirk auswirken kann, hat die LINKE folgenden Änderungsantrag eingebracht:

„Die Kommission setzt sich aus folgenden stimmberechtigten Mitgliedern zusammen:

Je ein/eine Vertreter*in (Bezirksverordnete oder Bürgerdeputierte) aus den Fraktionen und Gruppen der Bezirksverordnetenversammlung

1 Bezirksbürgermeister*in

1 Bezirkstadtrat/-rätin für Kultur

1 Bezirkstadtrat/-rätin für Straßen und Grünflächen

1 Vertreter*in für den Bereich Gedenkstätten

1 Vertreter*in für den Bereich Stadtgeschichte

1 Vertreter*in für den Bereich öffentliche Erinnerung und Gedenken

Weitere beratende / nicht stimmberechtigte Mitglieder sind:

1 zuständige*r Mitarbeiter*in aus dem Bereich der Bezirksbürgermeister*in

1 Leiter*in Fachbereich Kunst, Kultur, Museen

1 Leiter*in Straßen- und Grünflächenamt

Die Mitglieder benennen Stellvertreter*innen und werden für eine Wahlperiode durch Herbeiführung eines BVV-Beschlusses berufen. Vorschlagsrecht für die Vertreter-/innen der Bereiche Gedenkstätten, Stadtgeschichte, öffentliche Erinnerung und Gedenken haben die Fraktionen und Gruppen der BVV und die Fachbereiche des Bezirksamts. Die Kommission sollte paritätisch mit Frauen und Männern besetzt werden. Sie arbeitet ehrenamtlich. Die Teilnahme von Mitarbeiter*innen des Bezirksamtes erfolgt im Rahmen der Diensttätigkeit.“⁹

Die Vorentscheidung (Beschlussempfehlung für die BVV) wird vermutlich bei der Sitzung des Kulturausschusses im Mai 2019 und in der darauffolgenden BVV-Sitzung dann endgültig fallen. Bislang ist der Ausgang offen.

(Andreas Bräutigam ist Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses der Berliner Geschichtswerkstatt und Bürgerdeputierter für Die LINKE im Ausschuss für Bibliotheken, Bildung und Kultur)

⁹ Vgl. Wissel, Elisabeth (Fraktion Die LINKE): Änderungsantrag zum Entwurf der Geschäftsordnung für eine Gedenktafelkommission Tempelhof-Schöneberg vom 06.03.2019.